

KOMMENTAR

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ende September fand in Hamburg die Übung „Red Storm Bravo“ statt. Dabei wurde das Zusammenspiel der gesamten „Rettungskette“ für den Kriegsfall trainiert, d.h. von der Erstversorgung über den Transport bis ins Krankenhaus. Zivile Rettungs- und Feuerwehrkräfte koordinierten sich hierbei mit Feldjägern und militärischen Sanitätern der Bundeswehr.


Auch in Berlin wäre diese Art „Übung“ möglich, falls sie nicht sogar bereits in Planung ist. An der Zurichtung der zivilen Gesundheitsfürsorge zur militärischen Nutzung wird unter dem Namen „Rahmenplan: Zivile Verteidigung Krankenhäuser“ in Berlin schon länger gearbeitet. Die Kriegsvorbereitung läuft auch hier in unserer Stadt auf Hochtouren, die Ausrichtung auf Krisen- und Notlagen wird geplant und der Ausnahmezustand zum Normalfall proklamiert. Die Debatte um die Wehrpflicht, Raketenstationierung und Aufrüstung wird begleitet von einem aggressiver werdenden Takt der deutschen Militaristen. „Die Bundesregierung werde der Bundeswehr alle finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, die sie brauche, um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden“, so Kanzler Friedrich Merz bei seiner ersten Regierungserklärung im März diesen Jahres.

Doch dieser Kriegstreiberei begegnet allmählich der Widerstand der Bevölkerung. Immer mehr Menschen wird klar, dass sie diejenigen sind, die für die immense Aufrüstung und Militärfinanzierung die Zeche zahlen werden. Die Debatte um „Einsparungen im Sozialbereich“ ist in der Regierung bereits in vollem Gange, die „Armutsgrenze“ damit für viele Bürger dieser Stadt nicht mehr weit.

Unsere Aufgabe bleibt es weiter, den „Herbst der Reformen“ (Merz) zu einem „Herbst des Widerstands“ zu machen. Die Friedensdemonstration vom 3. Oktober zeigte, wie es geht, weitere Proteste werden folgen. Ob gegen die Rüstungsproduktion in unserem Berlin oder die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, ob gegen die Kriegsbeteiligung in anderen Ländern oder den Sozialen Kahlschlag im eigenen Land - wir protestieren und rufen Sie auf, sich mit uns dieser falschen Politik entgegenzustellen. Für Frieden und Sozialismus!

Landesvorstand DKP-Berlin

ANZEIGE



UZ
Sagen, was ist!

„Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese Übel loszuwerden, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems.“
Albert Einstein

Jetzt 6 Wochen kostenlos testen
abo.unsere-zeit.de




Foto: LD, DKP Berlin

„OPERATIONSPLAN DEUTSCHLAND“

Militarisierung erreicht Berliner Krankenhäuser

Vom Betriebsaktiv Gesundheit

Wir werden Euch nicht helfen können!“ Anfang der achtziger Jahre war das der entscheidende Slogan von Ärzten in der westdeutschen Friedensbewegung angesichts der hohen Atomkriegsgefahr. Damit war gemeint, dass die medizinischen Einrichtungen im Falle eines Atomkriegs nicht in der Lage wären, effektive Hilfe zu leisten, egal, wie umfassend man irgendwelche Vorbereitungsmaßnahmen treffe. Ein „Gesundheitssicherstellungsgesetz“, das der Bevölkerung bei einem nuklearen Schlagabtausch angeblichen Schutz versprach, scheiterte – auch dank der Friedensbewegung.

Heute haben wir die Situation, dass die Gesellschaft kriegstüchtig gemacht werden soll. Denn die Regierung bereitet systematisch die Konfrontation mit ihrem „Hauptfeind“ Russland vor. Mit Medienkampagnen über „Moskaus Schattenflotten“ und angeblichen Drohnensichtungen in Europa soll die Bevölkerung und Gesellschaft auf die Kriegserfordernisse eingestellt werden. Dazu wurde 2023 der „Operationsplan Deutschland“ aufgestellt, dessen genauer Inhalt nicht bekannt ist. Aber man kann erkennen, dass systematisch Entscheidungsträger aus allen relevanten Sektoren beeinflusst und angeleitet werden. Das sind neben Politik und Medien die vielen Bereiche der kritischen Infrastruktur, auch die in nicht-staatlicher Trägerschaft. Bundeswehroffiziere nehmen dafür direkten Kontakt zum Leitungspersonal auf und üben moralischen Druck aus. Das Ziel: sie drängen überall nach Strukturänderungen hin zur Zivilverteidigung. Was das heißt, zeigt sich im „Grünbuch Zivilmilitärische Zusammenarbeit“, erschienen im Januar 2025. Darin geht es um die Einbindung ziviler Strukturen, um Truppenaufmärsche und -verlegungen zu ermöglichen und abzusichern, um die Kontrolle über die Infrastruktur zu behalten und sie für militärische Belange zu nutzen.

Das heißt für das Gesundheitswesen: die Versorgung der Bevölkerung muss zugunsten der Soldaten zurückstehen. Denn in den Kliniken sollen erhebliche Bettenkapazitäten ihres ohnehin knappen Bestandes reserviert werden für Kriegsverletzte. Man rechnet bei einem großen (konventionellen) Konflikt mit mindestens 1000 Schwerverletzten pro Tag, die neu aufgenommen werden müssen, davon 100 in Berlin. Um diese fronttauglich wiederherzustellen, werden bis zu 10.000 vor allem chirurgische Betten und erhebliche OP-Kapazitäten benötigt. Das und der damit verbundene Ressourceneinsatz kann nur zu großen Einschränkungen bei der Versorgung der Zivilbevölkerung führen.

Die Berliner Krankenhausgesellschaft informierte im Juli 2025 über den „Rahmenplan Zivile Verteidigung“. Sie hatte sich zusammengetan mit der Senatsgesundheitsverwaltung und mit der Bundeswehr, um eine Arbeitsplattform zu schaffen für den Anteil der Krankenhäuser an der Kriegsvorbereitung. Natürlich wurde nicht der Wortlaut der getroffenen Abmachungen veröffentlicht, die Details sollen geheim bleiben. Aber es ist die Rede von zwölf Berliner Kliniken,

die für die Versorgung von Kriegsverletzten vorgesehen sind – welche, bleibt ein Geheimnis. Sicher dabei sind neben dem Bundeswehrkrankenhaus das Unfallkrankenhaus und die Charité. Letztere kooperieren seit langem mit der Bundeswehr und bieten als Häuser der Maximalversorgung vieles von dem, was zur Behandlung von Kriegsverletzungen benötigt wird. Hauptziel der „Zivilverteidigung“ also ist nicht die Unterstützung der Zivilbevölkerung, sondern der Streitkräfte.

Der „Rahmenplan“ ist kein fertiges Konzept. Er soll die zu treffenden Maßnahmen und Schritte begleiten und dabei weiterentwickeln. Es geht um die organisatorische und struk-

turelle Vorbereitung aller Krankenhäuser auf Spannungsfall und Kriegszustand. Kliniken haben Vorkehrungen zu treffen für Notstromkapazitäten und Vorräte an Medikamenten wie medizinischem Verbrauchsmaterial anzulegen. Sie sollen ihr Personal vorbereiten auf den massenhaften Anfall von Verletzten sowie auf den Ausfall von Energie, Wasser oder Lieferketten. Für extreme Lagen sind Notbesetzungen zu planen, wenn z.B. Pendler ihren Arbeitsplatz nicht erreichen können. Auch für die massive Ausweitung von Bettenkapazitäten u.a. durch Feldlazarette sollen Vorkehrungen getroffen werden. Behördlich koordinieren das Landesamt für Gesundheit und Soziales und der Krisenstab Medizin das Ganze, besonders die Zuteilung der Patienten.

An den Arbeitsplätzen der Berliner Kliniken ist das alles noch nicht bemerkbar. Man hat mit Freiwilligen Katastrophenübungen durchgeführt, mehr gab es aber noch nicht. Dabei hat der mögliche Kriegsfall gravierende Auswirkungen auf die Lage der Beschäftigten in den Krankenhäusern: Da man alles den militärischen Erfordernissen unterordnet, droht eine massive Arbeitszunahme bei einer vergleichsweise rechtlosen Situation. Zivile Patienten können bei geplanten Eingriffen abgewiesen oder Akutpatienten in weit abgelegene kleine Krankenhäuser verlegt werden. So erhält die Zivilbevölkerung kaum noch Zugang zu den Kapazitäten in OPs und auf den Intensivstationen. Und durch die Triage haben multimorbide Schwerstkranke fast keine Chance auf eine adäquate medizinische Behandlung und Pflege.

Derzeit liegt wieder mal ein Entwurf für ein Gesundheitssicherstellungsgesetz vor, um den Anteil des Gesundheitswesens an der zivilen Verteidigung rechtlich festzulegen. Wie damals, erfasst er überhaupt nicht die Ausmaße der Folgen eines nuklearen Schlagabtauschs. Denn wieder würde keine Klinik mehr funktionieren. Doch die Regierung nimmt weiter an den westlichen Kriegsvorbereitungen gegen die Atommacht Russland teil und damit nukleare Angriffe in Kauf! Es gilt erneut der Satz: „Wir werden Euch nicht helfen können!“

Tesla will nach Köpenick

Der kapitalistische Konkurrenzkampf findet keineswegs nur zwischen den verschiedenen Konzernriesen der Welt statt. Auch zwischen den Kommunen herrscht kapitalistischer Wettbewerb, um die Gunst der Großinvestoren. Treptow-Köpenick hat sich dabei einen besonders miesen Geldgeber ausgesucht: Elon Musk, der mit seiner Firma „Tesla“ bereits in Grünheide ein Werk gebaut hat und sich durch hohen Wasserverbrauch, Umweltschäden und schlechte Arbeitsbedingungen „gut Freund“ mit den Anwohnern machte, will nun auch in Köpenick viel Gutes tun. Nachdem sich der Bezirk in einem europaweiten Wettbewerb gegen andere Standorte durchgesetzt hatte, was SPD-Bezirksbürgermeister Igel als „natürlich sehr gut“ wertet, werden die Pläne von „Tesla“ nun öffentlich: Es wird ein großes Technologie- und Entwicklungszentrum entstehen, das auf Materialforschung und Fahrzeugentwicklung spezialisiert ist. Ab 2026 sollen dort 250 Ingenieure und Techniker arbeiten.

Für die Köpenicker kann dies schnell zu existenziellen Problemen führen, denn mit den hohen Ingenieursgehältern werden auch die Mieten steigen, weil sie dann nur noch von einigen wenigen bezahlt werden können. Auch ist fraglich, ob es der Bezirk schaffen wird, die Infrastruktur an solch ein Großprojekt anzupassen oder ob Verkehr und Versorgung, wie so häufig, auf der Strecke bleiben. Aber Bürgermeister Igel und der Berliner Senat sind zuversichtlich. An netten Worten und Dankbarkeitsbekundungen für „Tesla“ mangelt es nicht.

Bleibt noch die Frage, warum die vermeintlich vorgeblich soziale und antifaschistische SPD, einen solchen faschistoiden Großkapitalisten in unsere Stadt holt. Und warum diese folgenschwere Entscheidung ohne Mitspracherecht der Bevölkerung hinter verschlossenen Türen ausgeklüngelt wurde.

Nun ja, Politiker unterliegen den kapitalistischen Zwängen wie alle anderen. Durch die milliardenschweren Rüstungsschulden des Bundes ist kaum noch Geld für die Kommunen da. Und diese haben oft nur durch die Gewerbesteuer eine Möglichkeit Geld einzunehmen. Deshalb scharwenzeln unsere Abgeordneten um Ausbeuter-Typen wie E. Musk und prostituieren den Bezirk und damit indirekt auch seine Bewohner.

Doch während für uns in Treptow-Köpenick so schnell keine besseren Zeiten kommen werden, kann sich E. Musk auf einen goldenen Kapitalfluss freuen.

Gruppe Treptow-Köpenick

Eine S-Bahn für die Berliner, nicht fürs Kapital!

Signalstörungen, defekte Stellwerke, Zugausfälle – unsere S-Bahn steckt in einer Dauerkrise. Täglich erleben Pendler und Fahrgäste das Resultat jahrzehntelanger politischer Fehlentscheidungen: Eine marode Infrastruktur, durch konsequente Unterfinanzierung heruntergewirtschaftet, deren Sanierung Jahre dauern wird. Wir in Berlin spüren die bundesweiten Probleme der Deutschen Bahn als Eigentümerin von S-Bahn und Infrastruktur. Und das

seit der „Bahnreform“ 1994, die die Verantwortung des Bundes verschleiert.

Auch der Berliner Senat trägt Schuld: Statt die S-Bahn als öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zu sichern, inszenierte er in den vergangenen Jahren ein kostspieliges Privatisierungsabenteuer. Dieses hochkomplexe

Vergabeverfahren für „mehr Wettbewerb“ endete mit der Deutschen Bahn als Betreiber, in Kooperation mit den Firmen Siemens und Stadler. Doch die Sieger wackeln, denn der unterlegene Bewerber Alstom hat Widerspruch eingelegt. Der Rechtsstreit wird Jahre dauern und die Kosten von ursprünglich acht Milliarden auf voraussichtlich 20 bis 25 Milliarden Euro explodieren lassen.

Diese Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) der öffentlichen (S-Bahn Berlin) mit profitorientierten Unternehmen (Siemens und Stadler) führte in der Vergangenheit zu Mehrbelastungen für den Steuerzahler. Für Fahrgäste heißt das: weiter steigende Kosten, unsichere Servicequalität und ein Netz, das noch bis weit in die 2030er Jahre mit alter Technik und fehlenden Ersatzteilen kämpft. Die S-Bahn soll so weiter zum Renditeobjekt werden.

Wir brauchen eine einheitliche Berliner S-Bahn unter demokratischer Kontrolle. Die S-Bahn, damit auch die Deutsche Bahn AG, muss von der öffentlichen Hand saniert und so wieder in öffentlich-rechtliche Organisation überführt werden. Nur so lassen sich Milliarden sparen und nur so kann die S-Bahn wieder das sein, was sie sein sollte: ein verlässliches Rückgrat des Öffentlichen Nahverkehrs, im Interesse der Berliner, nicht der Finanzmärkte.

Betriebsgruppe Bahn



Foto: DKP Berlin

Haben Sie schon mal von neuen US-Mittelstreckenwaffen gehört? Nein? Sollten Sie aber!

Diese sollen nämlich ab nächstes Jahr bei uns in Deutschland stationiert werden. Es sind drei Sorten vorgesehen, allesamt für Russland schwer oder gar nicht abzuwehren:

- Dark Eagle Hyperschallrakete (Lenk Waffen, 20 min bis Moskau),
- SM-6 Marschflugkörper (im Zielflug manövrierbar)
- und tieffliegende Tomahawk-Raketen (unter Radar-Flugbahn).

Es handelt sich um Angriffswaffen, zur Verteidigung sind diese Waffen völlig ungeeignet.

Diese sogenannten Enthauptungswaffen könnten einen Großteil der russischen strategischen Frühwarnsysteme, Raketenschächte und Kommandozentralen vernichten. Moskau hätte nicht mal Zeit zu überprüfen, ob es sich um einen konventionellen oder atomaren Angriff handelt.

So funktioniert militärische Provokation. Ob mit oder ohne nuklearen Gefechtskopf weiß niemand, auch nicht, wie viele es am Ende sein sollen. Und wer sie bezahlt. Die USA wollen sie dauerhaft bei uns zu ihrer Verfügung haben!

Und wie kam die Sache in Gang? Im Sommer 2024 fand in den USA ein NATO-Gipfel statt, bei dem das 5%-Rüstungsminimum beschlossen wurde. „Am Rande“, wie es so schön heißt, gab es einen kleinen Presse-Auftritt des damaligen US-Präsidenten Biden mit dem damaligen Bundeskanzler Scholz. Biden verkündete, dass in Deutschland ab 2026 neue US-Mittelstreckenwaffen stationiert werden und Herr Scholz lächelte und sagte, das sei eine gute Idee. Diese folgenschwere Entscheidung der US-Administration wurde nicht einmal im deutschen Bundestag erörtert, sondern einfach auf der Seite des Bundeskanzleramts veröffentlicht.

Können Sie sich das vorstellen?

Die deutschen Medien nahmen kaum Notiz davon, obwohl diese Stationierung die Sicherheit von uns allen dramatisch beeinträchtigen würde. Die militärische Drohkulisse macht Deutschland zum Kriegsziel.

Das ist unverantwortlich!

Auf der großen Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 wurde die Petition „Berliner Appell“ gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland veröffentlicht. Laut der Webseite nie-wieder-krieg.org haben inzwischen über 80.000 Menschen unterschrieben. Das ist erfreulich und doch nicht genug. Diese Ungeheuerlichkeit muss endlich Tagesgespräch sein:

Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!



Jetzt online unterzeichnen und weitersagen: Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland! Frieden in Europa gibt es nur MIT Russland!

Gruppe Neukölln



URLAUB IM LOTSENHAUS AN DER OSTSEE
(14 KM VON STRALSUND)

3 KOMFORTABLE FE.-WO.
ERICH & MICHAELA
BARTELS

TEL: +4915234201059
WWW.FERIEN-IM-LOTSENHAUS.DE

NEIN ZUR WEHRPFLICHT

FOLGT UNS AUF
INSTAGRAM:
[@NZW.BERLIN](https://www.instagram.com/nzw.berlin)

BÜNDNIS IN BERLIN

Nein zu Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit!
Wir wollen keinen Zwangsdienst!

NEIN ZUR WEHRPFLICHT!

jungewelt.de/abo
oder 0 30/53 63 55-80

**SAG MIR, WO DU STEHST
DEIN ABO FEHLT!**

junge Welt

Die Tageszeitung
MONTAG, 2. JUNI 2025, NR. 125 - 2,30 EURO (DE), 2,60 EURO (AT), 3,00 CHF (CH) - PVST. ANZUG - ENTSELST BEZAHLT

Wahlkampfplakate
mit einem neuen Präsidenten
in einem neuen Land

Richterspruch
OLG weist Klage ab gegen FRÖE
zurück. Dennoch kann Anspruch
auf Schadenersatz bestehen

Kontra
im dritten
15 Krt

Mensa und Bildung statt Zäune und Rüstung!

Teueres Mensaessen, höherer Semesterbeitrag, Stellenstreichungen, weniger Studienplätze – die Kürzungen im Hochschulbereich haben weitreichende Konsequenzen für die Beschäftigten und Studierenden. An vielen der Hochschulen stehen ganze Studiengänge auf dem Spiel. Auch an der Berliner Hochschule für Technik (BHT) im Wedding sind die Kürzungen spürbar. Bereits jetzt gibt es einem Flugblatt des Allgemeinen Studierendenausschusses (AstA) der BHT zufolge weniger Brückenkurse und weniger Lehrbeauftragte. Softwarelizenzen seien gekürzt worden und Exkursionen würden bis maximal 800 Euro finanziert. Es drohe ein weiterer Anstieg der Semesterbeiträge und der Mensapreise.

Im Haushalt für 2025 hatte der Berliner Senat das Budget um acht Prozent gekürzt, an der BHT um 8 Millionen Euro. Die Proteste der Beschäftigten und Studierenden haben sicher dazu beigetragen, dass der Berliner Senat im Juli beschloss, keine weiteren Kürzungen im Hochschulbereich vorzunehmen. Was zunächst erleichternd erscheinen mag, verdeckt nur den Blick darauf, wie viel bereits gekürzt worden ist, denn die bisherigen Einschnitte bleiben bestehen.

Damit bricht der Berliner Senat die 2024 beschlossenen Hochschulverträge, die mit einer Laufzeit von vier Jahren eine jährliche Steigerung der Mittel vorsahen. Selbst ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Abgeordnetenhauses bestätigt dies. Nachdem sich der Akademische Senat der HU im September dennoch dagegen entschieden hatte, dies durchzuklagen, kritisierte die Gewerkschaft ver.di, dass die Hochschulleitungen nicht bereit seien, alle Mittel gegen die Kürzungen zu nutzen. „Wir werden jetzt zusammen mit allen Hochschulbeschäftigten dafür

kämpfen, dass die Kürzungspolitik nicht auf dem Rücken derer ausgetragen wird, die den Laden täglich am Laufen halten“, erklärte Jana Seppelt, Landesfachbereichsleiterin für den Bereich Wissenschaft und Hochschulen in Berlin-Brandenburg.

Foto: DKP Berlin



Auch der AstA der BHT fordert die Studierenden zur Beteiligung an weiteren Protesten auf. Während der Semesterferien im Sommer waren diese abgeebbt. Umso wichtiger ist es, den Widerstand gegen die Kürzungen in den kommenden Monaten wieder auf die Straße zu tragen. Denn die Einschnitte in den Bereichen Kultur, Bildung und Soziales sind politisch gewollt. Geld ist schließlich da – für einen Zaun um den Görlitzer Park, eine Olympia-Bewerbung der Stadt Berlin und Hochrüstung im ganzen Land.

Gruppe Wedding

Geld für den Kiez statt für den Krieg

Der Rundfunksender RBB berichtete im April 2025, die Armut in Berlin sei größer geworden. Mit einer Armutsquote von 16,5 Prozent liegt Berlin im Vergleich zu 2023 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Damit ist die Armutsquote in Berlin innerhalb von zwei Jahren um fast zwei Prozent gestiegen.

Für uns aus der Spandauer DKP-Gruppe sind diese Zahlen keineswegs überraschend. Wir sind mit Infoständen vor allem in der Spandauer Neustadt aktiv. Ein Kiez, der nach dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung bei der Kinderarmut mit 51 Prozent weit vorne liegt (Stand: 2023). Arme Kinder haben arme Eltern. Gut 28 Prozent der Bevölkerung in der Spandauer Neustadt leben von Transfereinkommen wie der Grundsicherung oder dem Arbeitslosengeld. Der Anstieg der Armut bei Alleinerziehenden, Rentnern, Migranten, Kindern ist ungebrochen, und auch der „Mittelstand“ gerät durch die massiv steigenden Mieten, Energiekosten und Lebensmittelpreise in finanzielle Bedrängnis.

Gleichzeitig wird in Gesprächen an unseren Infoständen deutlich: Die Ablehnung der Kriegs- und Sozialpolitik der Regierung wächst – nicht nur in der Spandauer Neustadt, sondern auch in anderen Stadtteilen wie dem Falkenhagener Feld oder der Heerstrasse Nord. Denn viele Menschen hier kommen nur noch mit Hilfe der Tafel über die Runden. Die Zustände in den Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern verschlechtern sich spürbar weiter. Der Kriegskurs der Regierung, die steigenden Ausgaben für Rüstung und die Hetze gegen Bürgergeldempfänger machen vielen Menschen Angst. Von Kriegsbegeisterung ist im Neustadt-Kiez, aber auch in anderen Stadtteilen wenig zu spüren und unsere Forderung „500 Milliarden sofort für Gesundheit, Bildung, Klimaschutz und Soziales“ findet immer mehr Zustimmung.

Wir sehen uns also bestärkt, auch weiterhin Unterschriften für den Berliner Appell mit der Forderung „Gegen Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt“ zu sammeln und uns an der Organisation von Widerstand gegen Militarisierung und Sozialabbau zu beteiligen.

Wir kämpfen für Heizung, Brot und Frieden.

Gruppe Spandau

Mittagessen statt Kanonenfutter

Seit Jahren nimmt die Belastung des Berliner Senats für Eltern, Kinder und Lehrer massiv zu. Kürzungen bei Schulen haben dazu geführt, dass Toiletten und Spielhöfe seit Jahren kaputt sind. Lehrkräfte wie Schulpersonal sind chronisch überlastet, da die Größe der Klassen jedes Jahr wächst. Jedes Jahr verkürzt hingegen wird die Mittagspause der Kinder, um sie schnell durch die Kantine zu schleusen. Eltern müssen immer mehr Schulbücher für ihre Kinder selber kaufen und Fördervereine mit privaten Mitteln gründen, damit der Schulbetrieb nicht komplett zusammenbricht. All das, obwohl wir bereits die Hälfte unseres Einkommens an den Staat abführen.

In Pankow kam dieses Jahr die Krönung: Der Schulbus-Transfer zum Schwimmunterricht der Drittklässler wurde gestrichen. Nun müssen Lehrkräfte Hunderte von Klassen mit dem ÖPNV zum Schwimmunterricht bringen. Die verlängerte Fahrzeit geht zu Lasten der ohnehin schon kurzen Mittagspause: Schüler haben oft nur noch fünf Minuten, um ihr Essen hinunterschlingen. Aber anstelle einer Entschuldigung für das Bezirksversagen pries Pankows Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) seine Streichung: Es fördere die „physische Aktivität“ und „Sozialkompetenz“ der Kinder sowie den Klimaschutz – die Autobesitzer hätten ja weniger Verkehr. Und was sagt unser Regierender Bürgermeister Kai Wegner einem

Sechsjährigen, den er aufgrund eines Protestbriefes einlud? Das Geld für Schulbücher müsse in „andere Bereiche fließen“.

Welche Bereiche meint er? Es sind die Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung gegen Russland: 225.000.000.000 Euro soll die Aufrüstung bis 2035 kosten. Das bezahlen wir nicht nur mit unserem Geld, sondern auch mit unseren Kindern. Denn erst wird die Bildung kaputtgekürzt, um das Militär zu finanzieren. Dann soll die Jugend (aktuell noch per Sold aber bald) per Wehrpflicht in die Armee geholt werden. Dieser Staat will Kanonenfutter statt Abschlüsse!

Die DKP kämpft zusammen mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) für Bücher statt Bomben, für Abschlüsse statt Aufrüstung und für Ferien in Frieden!

Gruppe Pankow

KOPFÜBER IN DEN KRIEG

GEGEN RÜSTUNGSWAHN UND MEDIALE MOBILMACHUNG

SA., 10. JANUAR 2026

31. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ

Wilhelm Studios, Berlin-Wilhelmsruh, Kopenhagener Str. 60–68

Jetzt Ticket sichern!
jungewelt.de/rlk

junge Welt Unterstützt von mehr als 30 Organisationen Melodie & Rhythmus

NEU: AB SOFORT IM BUCHHANDEL

Gerhard »Hugo« Laartz

MSB Soul komplex

Eine Zeitreise von 1940 bis heute

320 Seiten, 28,- €

ISBN 978-3-355-01932-3

Toni Krahl

Genauso war's

256 Seiten, 22,- €

ISBN 978-3-355-01935-4

Buchpremiere mit Gerhard »Hugo« Laartz:

26. November 2025, 19 Uhr

ABC im Hirschgarten • Hirschgartenstraße 14 • 12555 Berlin

www.eulenspiegel.com

WEINBRENNEREI

SEIT 1877

E.&M. Leydicke

BERLINER TRADITIONSGASTSTÄTTE

Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

Täglich ab 19 Uhr geöffnet.

Wir freuen uns über Ihren Besuch.

www.leydicke.com

Berlin, Stadt des Friedens

Von Laurentiu Dragota

Die Menschen wollen Frieden. Das zeigt sich kaum irgendwo deutlicher als in Berlin – auf seinen Straßen, an seinen Häuserwänden. Der Kampf für Frieden ist Teil des kulturellen Erbes dieser Stadt, entstanden in einer langen Geschichte, die von der antimilitaristischen Bewegung im Ersten Weltkrieg, dem Widerstand gegen den Faschismus, dem Antifaschismus und Antiimperialismus der DDR bis hin zu den heutigen Protesten für die Befreiung Palästinas reicht.

Erst Ende September liefen 100.000 Menschen in Solidarität mit Palästina durch Berlin. Der Völkermord in Gaza mit deutscher Unterstützung entlarvt für Viele das Gerede von Demokratie, Freiheit und Frieden als Heuchelei. Dabei unterdrückt der deutsche Staat jede ihm unliebsame Meinung durch Propaganda oder Gewalt. So beendete die Berliner Polizei etwa den „Palästina Kongress“ im April 2024 wenige Minuten nach Beginn gewaltsam, an der Freien Universität räumte sie kurz darauf das Studentenlager und nahm 79 Personen fest.

Die Straßen Berlins haben schon viele Friedensdemonstrationen gesehen. Neben der Luxemburg-Liebkecht-Lenin Demonstration, gibt es seit 1962 jährlich Ostermärsche – eine zentrale Aktionsform der deutschen Friedensbewegung, von der Bewegung der 1950er Jahre in Großbritannien gegen Atomwaffen inspiriert. Der erste Ostermarsch in West-Berlin richtete sich gegen

die Stationierung von Atomwaffen. Später ging es dann gegen den Vietnamkrieg, die Militarisierung und den NATO-Krieg in Jugoslawien seit fast drei Jahren auch gegen den Krieg in Gaza.

Inmitten der Debatten über Wiederaufrüstung, findet seit einigen Jahren in Berlin zudem am 3. Oktober eine Demonstration gegen Krieg statt - ausgerechnet am sogenannten „Tag der Deutschen Einheit“, an dem von offizieller Seite gewissermaßen das Ende des einzigen deutschen Staates gefeiert wird, von dessen Boden niemals ein Krieg ausging – der Deutschen Demokratischen Republik.

In der DDR war Frieden kein abstraktes Ideal, sondern alltäglich präsent, verbunden mit dem sozialistischen Internationalismus und dem Aufbau des Sozialismus selbst. Nirgendwo galt das mehr als in Berlin, der Hauptstadt der DDR. Frieden wurde im öffentlichen Raum durch Kunst und Architektur verkörpert, etwa durch das Friedensmosaik in Marzahn, das Anfang der 1980er Jahre entstand und einen eindringlichen Aufruf zu globaler Abrüstung und Freundschaft zwischen den Nationen darstellt. Die jährliche Friedensfahrt, ein Radrennen zwischen Warschau, Berlin und Prag mobilisierte ab 1952 Millionen von Teilnehmern und Zuschauern in ganz Osteuropa und wurde zum größten wiederkehrenden Rennen im sozialistischen Block. 1973 fanden in Ost-Berlin die Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt, an denen Millionen von Menschen teilnahmen, darunter über 25.000 Gäste von Befreiungsbewegungen aus aller Welt. Doch die DDR war kein

pazifistischer Staat, sondern hatte eine eigene Armee. Anders als im deutschen Nachbarstaat diente die Nationale Volksarmee jedoch nicht imperialistischen Abenteuern, sondern der Verteidigung gegen die Aggression der NATO. Auch stand die DDR an der Seite der Unterdrückten und war solidarisch mit den nationalen Befreiungsbewegungen von Vietnam bis Angola, von Kuba bis Palästina.

Das Verständnis von Frieden ist niemals neutral, und wer den Begriff für sich beanspruchen darf, das bleibt stets umkämpft. In der sogenannten friedlichen Revolution wurden unter dem Banner des Friedens die sozialen Errungenschaften des Sozialismus demontiert, Befreiungsbewegungen aus dem globalen Süden verloren ihre wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus. Geschichte wird darauf reduziert, dass sich doch alle vertragen sollten, als stünden Faschisten und Partisanen, Besatzer und Besetzte auf Augenhöhe. Liberaler Pazifismus setzt oft imperialistische Aggression mit antiimperialistischem Widerstand gleich und drängt auf symmetrische Zurückhaltung, die den status quo bewahrt. Doch wo der Imperialismus unangefochten herrscht, ist Frieden nur die Stille zwischen den Bombardements. Krieg hat seine Wurzeln im Kapitalismus, Imperialismus und in der Klassenausbeutung, doch für den liberalen Pazifismus bedeutet Frieden lediglich die Abwesenheit sichtbarer Konflikte. Lenin kritisierte dies immer wieder: „Friedensphantasien ohne die Propagierung revolutionärer Aktionen bringen die Angst vor dem Krieg zum Ausdruck und haben mit Sozialismus nichts gemein.“ (LW 21, S. 183)

Die Frage ist daher nicht, ob Berlin eine Stadt des Friedens ist, sondern wessen Frieden und zu wessen Bedingungen.



Am 11. Januar 2026 wird zum 30. Mal die vom LL-Bündnis organisierte Luxemburg-Liebkecht-Lenin Demonstration stattfinden. Sie knüpft an die bereits in der Weimarer Republik begonnene und in DDR-Zeiten fortgesetzte Tradition gegen die Auswirkungen imperialistischer Politik zu protestieren und Rosa und Karl sowie die Sozialisten, die sich im Kampf gegen Imperialismus und Krieg aufopfert, zu ehren.

Es war immer ein Anliegen der Demonstration, das Gedenken mit aktuellen politischen Problemen zu verbinden. Als seit 1990 jede Erinnerung an die DDR ausgelöscht werden sollte, griff die „Initiative gegen den Abriss des Lenindenkmals“ dies auf und organisierte im Rahmen der Friedenskoordination Berlin (Friko) eine Demonstration, bei welcher Steine des Denkmals vom ehemaligen Leninplatz zur Gedenkstätte gebracht wurden. Das Stille Gedenken am „Friedhof der

Auf, auf, zum Kampf!

Sozialisten“, der LLL-Demonstrationszug als auch die Ehrung am Tiergarten wurden seit je her als einheitlicher politischer Akt betrachtet. Ob gegen die Kriege in Jugoslawien, Afghanistan und Irak oder ob gegen den Sozialraub durch Hartz IV-Gesetze – immer war die Demo mit aktuellem Protest verbunden. Den Herrschenden war dieser Gedenk- und Protestmarsch von Anbeginn ein Dorn im Auge. Polizeiliche Übergriffe, ob auf Einzelpersonen oder Gruppen, gab es fast in jedem Jahr und unter haarsträubendsten Vorwänden: mal war es der „Schwarze Block“, mal waren es FDJ-Sym-

bole oder Rote Dreiecksymbole, welche die Obrigkeit zum Anlaß nahm, die Demo zu torpedieren. Damit ist auch diesmal zu rechnen, weil wir eine große internationalistische Demo gegen Kriegstüchtigkeit, Wehrpflicht und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete anstreben. Zu letzterem gehört auch der Protest gegen den von der Bundesregierung mitfinanzierten Völkermord in Gaza.

Zusammen mit allen Berliner DKP-Gruppen und zahlreichen Genossen aus dem Bundesgebiet werden wir uns auch 2026 mit ganzer Energie an der LLL-Demo beteiligen.

Erheben wir uns, im Sinne von Rosa, Karl, und Lenin zu einem kraftvollen Protest gegen die Politik der Herrschenden und ihre Kriege – für das Leben der Menschen, für den Sozialismus!

Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg

DKP BERLIN GRUPPENTERMINE

BETRIEBGRUPPE BAHN
Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 17.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551
Kontakt: info-bgbahn-berlin@dkp.de

BETRIEBSAKTIV GESUNDHEIT
Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

FRIEDRICHSHAIN/KREUZBERG
Termin: Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt: fhkb@dkp.berlin

LICHTENBERG/MARZAHN-HELLERSDORF
Termin: Jeden 1. und 3. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

NEUKÖLLN
Termin: Jeden 1. Donnerstag im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

PANKOW
Termin: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19:00 Uhr
Kontakt: dkp-pankow@berlin.de

SPANDAU
Termin: Jeden 3. Mittwoch im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Lynarstr. 9, 13585 Berlin
Kontakt: dkp-spandau@gmx.de

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
Termin: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

TREPTOW-KÖPENICK
Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

WEDDING
Termin: Jeden 2. und 4. Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff, Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin
Kontakt: info@dkp-wedding.de

DIESES PROJEKT WIRD ÜBER SPENDEN FINANZIERT:

Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das Konto der DKP Berlin:

Berliner Sparkasse
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
BIC: BELADEBE
VwZ: Anstoß

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Tim Meier, Stefan Natke

Layout: Laurentiu Dragota

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag:
DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin

Öffnungszeiten: Freitag, 15:00 bis 18:00 Uhr

Telefonnummer: 030 29783132

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe:
20 000 im Raum Berlin

Druck: Union Druckerei
Berlin Verwaltung GmbH

DKP Berlin auf Social Media:

Mail: anstoss@dkp.berlin
www.berlin.dkp.de